

Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

2016155/1

Dezernat: Dezernat 6	aktuelles Gremium Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss	Sitzung am: 16.11.2016 TOP: 2.11
Amt:	öffentlich ja	Vorlagen-Nr.: 2016155/1
	Az.:	erstellt am: 27.10.2016

Betreff

Vertragsverlängerung des Beleuchtungsvertrages

Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	16.11.2016: Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss	16.11.2016	abgelehnt
2	17.11.2016: Hauptausschuss	17.11.2016	abgelehnt
3	24.11.2016: Stadtrat	24.11.2016	abgelehnt

Mitzeichnungspflicht

Person	Unterschrift	Datum
Ina Rauer		08.11.2016

Beschlussentwurf

1.

Der Stadtrat beschließt, den Beleuchtungsvertrag vom 12.09./18.09.2007 zwischen der Stadt Köthen und dem Konsortium - Braunschweiger Versorgungs-AG & Co.KG und Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH (MIDEWA) - zur Betriebsführung der öffentlichen Beleuchtungsanlage für 4 Jahre fortzuführen.

Gesetzliche Grundlagen:

§ 26 Beleuchtungsvertrag vom 12.09./18.09.2007

Darlegung des Sachverhalts / Begründung

Eigentümer der öffentlichen Beleuchtungsanlage ist die Stadt Köthen (Anhalt).

Die Betriebsführung der öffentlichen Beleuchtungsanlage der Stadt Köthen wurde per Vertrag vom 12.09./18.09.2007 an das Konsortium Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BS Energy) und Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH (MIDEWA) übertragen. Mit der vertraglich geregelten Laufzeit von zunächst 10 Jahren kann bei einer 12-monatigen Kündigungsfrist das Vertragsverhältnis von einem der Vertragspartner zum 31.12.2017 beendet werden.

Wird bis zum 31.12.2016 keine Kündigung ausgesprochen, verlängert sich der Vertrag um weitere 4 Jahre. Der Vertrag kann höchstens drei Mal verlängert werden.

Die Betriebsführung, die an den Dienstleister übertragen wurde, umfasst:

--> den Betrieb in Form von

1. Herbeiführung des Beleuchtungserfolges,
2. Gewähr für vollständige Funktionsfähigkeit,
3. Gewähr der elektro- und bautechnischen Sicherheit der Anlage,
4. Lieferung der erforderlichen Energie;

--> die Wartung und Instandhaltung in Form von

1. Überprüfungen der Beleuchtungsanlage auf mechanische und elektrische Betriebssicherheit,
2. Störungsbeseitigung,
3. Leuchtenreinigung,
4. Leuchtmittlersatz;

--> den Bereitschaftsdienst in Form von

1. 24 h an 365 Tagen/a für die Aufnahme von Störungs- und Ausfallmeldungen;
2. Störungsbeseitigung innerhalb von 3 Tagen;
3. Störungsbeseitigung innerhalb von 120 min, wenn eine Gefährdung für die Verkehrssicherheit und für Leib und Leben besteht;

--> die Führung und Aktualisierung der Bestands- und Betriebsdatendokumentation zur Beleuchtungsanlage

und

--> die Änderung und den Rückbau sowie die Erneuerung in Form des Neubaus und Ersatzneubaus i. H. v. ca. 40.000 €/a netto (Erneuerungspauschale).

Für die Änderungs- und Rückbau- sowie Erneuerungsmaßnahmen im Umfang der Erneuerungspauschale unterbreitet die MIDEWA jährlich der Stadt Vorschläge, die sich auf sicherheitstechnische und/oder wirtschaftliche Aspekte gründen. Die Abrechnung erfolgt entsprechend Leistungsverzeichnis ANLAGE 4 zum Vertrag.

Um- und Neubauvorhaben über das Maß der Erneuerungspauschale können unabhängig vom Vertrag durch die Stadt geplant und gemäß dem geltenden Vergaberecht ausgeschrieben und beauftragt werden. Somit unterliegen diese Maßnahmen nicht der Bindung, durch den Dienstleister realisiert zu werden.

Diese Vertragsregelung wird als Vorteil angesehen, da so Synergien genutzt werden können, die durch Baumaßnahmen anderer Versorgungsträger entstehen (z. B. Erneuerung Straßenbeleuchtung Mühlenstraße Elsdorf als gemeinsames Vorhaben mit der Mitnetz).

Gemäß Vertrag gehören zu Leistungen des Dienstleisters im Sinne des Anlagenbetriebes auch:

- > Bearbeitung von Anträgen auf Aufgrabegenehmigung und von Auskunftsgesuchen
- > Bearbeitung von Unfall- und Vandalismusschäden; Abwicklung mit Versicherung; Dienstleister trägt Schadensbeseitigungskosten i. H. v. 250 €/ Fall für nicht zu ermittelnde Verursacher
- > Grundlagenermittlung, Vorplanung und Prüfung in Anlehnung der HOAI Leistungsphasen 1, 2 und 4 für Planungen Dritter im Zusammenhang mit Neubaumaßnahmen
- > Abnahme von Anlagen der Beleuchtung im Rahmen von Baumaßnahmen Dritter und Durchsetzung Gewährleistungsansprüche in Anlehnung der Lph 9 HOAI
- > Ausästung von Bäumen, die Lichtausbreitung behindern
- > Unterstützung von Stadtfesten, Weihnachtsmarkt ... mit Fachpersonal und Ausrüstung im Umfang von 350 h/a

Seit Abschluss des Straßenbeleuchtungsvertrages im Jahr 2007 hat sich die Situation der städtischen Straßenbeleuchtung wie folgt verändert:

	2008	2015
Länge Leitungsnetz in km	(219) Schätzwert infolge mangelnder Dokumentation	140
Anzahl Lichtpunkte	3.296	3.450
Anzahl Schaltschränke	49	48
Stromverbrauch in kWh	1.221.117	903.368
Stromkosten in €/kWh netto	0,157	0,185
Stromkosten in Euro netto	213.018,10	169.224,37
Lichtpunktpauschale in Euro/LP netto	58,41	67,31

Um eine Entscheidungsgrundlage zu haben, ob der bestehende Beleuchtungsvertrag verlängert werden soll oder ob eine Neuausschreibung wirtschaftlich sinnvoll ist, wurde die Erstellung eines Statusberichtes an das Ingenieurbüro für Licht- und Beleuchtungstechnik Dr. Rönitzsch GmbH beauftragt. Dieser wird den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Feststellungen im Statusbericht Ingenieurbüro ILB

Der Preis für die Stromlieferung (0,185 €/kWh netto) wird als marktgerecht beurteilt. Einsparungspotential für die Stadt ergibt sich durch die Vermeidung von Konzessionsabgaben nicht. Die Konzessionsabgaben sind seit 2 Jahren per Rechtsprechung nicht mehr zu erheben.

Das Entgelt für Betrieb (ausgenommen Energieeinsatz), Wartung und Instandhaltung, welches die Stadt pro LP im Vergleich zu aktuellen Marktpreisen zahlt, ist zu hoch. Dieser liegt nach neuesten Erfahrungen des Ingenieurbüros ILB bei rund 30 €/ LP (netto).

Hinsichtlich der Anlagenerneuerung wurde festgestellt, dass eine zu geringe Investition erfolgt und sich bislang ein Investitionsstau von ca. 734.900 €, unter Beachtung der betriebsüblichen Nutzungsdauer aller Komponenten, eingestellt hat.

Die Erneuerung liegt, betrachtet auf die letzten 5 Jahre, durchschnittlich bei 18 €/ LP netto. Nach Einschätzung im Statusbericht müssten für die Erneuerung ca. 62 €/ LP netto aufgewendet werden, um die öffentliche Beleuchtungsanlage über die nächsten 10 Jahre zu sanieren, den Investitionsstau abzubauen und das Anlagevermögen zu erhalten.

Positiv wird weiter die durch den Dienstleister zu pflegende Bestandsdokumentation für die

Lichtpunkte mit den einzelnen Komponenten und des Kabelnetzes bewertet. Diese erfolgt sehr gewissenhaft und entsprechend dem Stand der Technik in digitaler Form, kompatibel zum städtischen System.

Aus dem Bericht geht hervor, dass die Beleuchtungsanlage frei von Quecksilberdampf-Hochdrucklampen ist, deren schädliche Umwelteinflüsse (Lichtverschmutzung, nachtaktive Insekten, Vögel und andere Tiere) bekannt und somit seit 2015 auch nicht mehr auf dem Markt zu erwerben sind.

Positiv erfolgt auch die Bewertung des geringen Anteils an mehrlampigen Leuchten und der geringen Leuchtenvielfalt. 15 verschiedene Modelle bilden dabei einen Anteil von 80 % am Gesamtbestand der Leuchten.

Für eine optimierte Struktur spricht weiter der Betrieb der Anlage über 48 Schaltschränke. Erfahrungsgemäß laufen ca. 40 LP über einen Schaltschrank. Über einen Schaltschrank des städtischen Beleuchtungsnetzes laufen ca. 70 LP.

Empfehlung Ingenieurbüro ILB

Ergebnis der Analyse ist die Empfehlung einer Neuausschreibung der Dienstleistung mit Umstrukturierung der Betriebsführung aufgrund des relativ hohen Betriebsführungsentgeltes. Diese Empfehlung erfolgte ausdrücklich aus technischen Aspekten, nicht unter dem Gesichtspunkt der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köthen.

ILB regt im Statusbericht an, mit der Neuausschreibung auch eine Umstrukturierung der Betriebsführung herbeizuführen. Als vorteilhaft wird ein Betriebsführungsmodell bewertet, welches möglichst viele Teilbereiche – Betrieb, Wartung/Instandhaltung/Energie/Erneuerung – beinhaltet.

Wertung der Untersuchungsergebnisse

Unter Beachtung der aktuellen Haushaltssituation der Stadt Köthen kann jedoch auch künftig keine höhere jährliche Investitionssumme für Sanierung und Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlage bereitgestellt werden, so dass dieser Vorteil einer neuen Ausschreibung nicht zum Tragen kommen würde. Das Anlagevermögen der städtischen Straßenbeleuchtung unterliegt aufgrund zu geringer Investitionen dem Werteverzehr ebenso wie die städtischen Hochbauten, Straßen und Anlagen.

Mit einer vertraglichen Bindung über einen höheren Investitionsanteil wäre die Stadt verpflichtet, jährlich die vereinbarte Investitionssumme bereitzustellen und hätte weniger Spielraum für die Umsetzung anderer wichtiger Vorhaben.

Es ist festzustellen, dass die Stadt über eine funktionstüchtige, optimierte Straßenbeleuchtungsanlage verfügt. Auch wenn die Nutzungszeit von Lichtpunkten bzw. einzelner Komponenten abgelaufen ist, stellt die Anlage einen Wert dar, den man bei gegebener Funktionstüchtigkeit nicht unbedingt den neuesten technischen Möglichkeiten anpassen muss. Bei grundhaften Straßenausbaumaßnahmen, Erschließungsmaßnahmen, bei defekten Leuchten, Gefährdungen der Standsicherheit, erfolgt natürlich die Erneuerung auf Grundlage der geltenden LED-Technik. Aber grundsätzlich besteht nicht unbedingt der Zwang, eine funktionstüchtige Anlage zu ersetzen. Hierdurch erfolgt auch eine unnötige Belastung der Bürger, die für die Teileinrichtung Straßenbeleuchtung zur Entrichtung von Straßenausbaubeiträgen herangezogen werden.

Die LED-Technik unterliegt noch keiner Standardisierung, so dass es für Leuchten, die heute eingebaut werden und in 10 Jahren defekt sind, eventuell keine Ersatzteile mehr gibt und damit die gesamte Leuchte auszutauschen ist. Ein gesundes Maß an alter und neuer

Technik wird als vorteilhaft beurteilt.

In Anlage 4 des Beleuchtungsvertrages ist das LV für Erneuerung/Rückbau/Änderung, welches 4 Lichtpunktkategorien definiert enthalten. Diesen Kategorien sind Leuchtenfabrikate zugeordnet. Da im Jahr 2007 die LED-Technik noch keine Rolle spielte, beinhaltet das LV keine LED-Leuchten. Zusätzlich wurden 2014 Leuchten vereinbart (z. B. als technische Leuchte ALS von Leipziger Leuchten), die entsprechend dem heutigen Stand der Technik einzubauen sind.

Weiterhin erfolgte 2015 ein Pilotprojekt am Brauhausplatz. Hier wurde in die Altstadtleuchte ein Retrofit Leuchtmittel (LED) eingesetzt. Dies erfolgte in Abstimmung zwischen Stadt und MIDEWA im Wartungszyklus. Das bedeutet, die Leuchtmittel wären in jedem Fall zu diesem Zeitpunkt ausgetauscht worden, so dass entsprechend nur Mehrkosten für das LED-Leuchtmittel an Stelle von Natriumdampf-Hochdrucklampen angefallen sind.

Abrechnungsbasis bildete eine vorhandene Materialkostenposition in den Vertragsunterlagen.

Hiermit soll aufgezeigt werden, dass der bestehende Vertrag entsprechend gut auf die Situation der Stadt Köthen zugeschnitten ist und die Umstrukturierung der Betriebsführung aus Sicht der Verwaltung als derzeit nicht erforderlich bewertet wird. Der Vertrag hat Spielraum für Erneuerungen (Erneuerungspauschale) gemäß Stand der Technik. Die Stadt kann als Anlageneigentümer den Umfang für zusätzliche Maßnahmen, über die Erneuerungspauschale hinaus, steuern, so wie es die finanziellen Möglichkeiten zulassen.

Die empfohlene Neuausschreibung des ILB wird wesentlich mit einem zu hohen Preis für Betrieb, Wartung und Instandhaltung begründet. Erfahrungsgemäß werden aktuell als marktüblich 30 €/ LP netto im Jahr angeführt. Beispielhaft zählt ILB Städte wie Hilden (5.200 LP), Halle (23.000), Lüneburg (8.000), Gera, Gifhorn, Straußberg auf, die diese Preise durch Ausschreibungen, jünger als 2 Jahre, erzielt haben. Eine detaillierte Offenlage des Leistungsumfanges und der Leistungstiefe, die zwischen den benannten Städten und dem jeweiligen Dienstleister vereinbart wurden, wollte ILB nicht beifügen. So ist die Vergleichbarkeit der beauftragten Leistungen zu hinterfragen.

Außerdem verfügen die benannten Städte größtenteils im Vergleich zu Köthen über mehr als das Doppelte an Lichtpunkten. Damit ergeben sich grundsätzlich andere Kalkulationsgrundsätze, die die Stadt Köthen bei einer Neuausschreibung nicht mit Sicherheit erzielt. Es ist ungewiss, ob bei einer Neuausschreibung des Leistungspaketes im Umfang, wie es jetzt der Stadt Köthen gemäß Beleuchtungsvertrag zur Verfügung steht, ca. 30 €/ LP für die Betriebsführung angeboten werden.

Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass hinsichtlich Betrieb, Wartung, Instandhaltung tatsächlich Einsparpotential besteht. In welchem Umfang die Einsparung erzielt werden kann, hängt wesentlich von den Teilnehmern am Ausschreibungsverfahren und den konkret ausgeschriebenen Leistungen ab.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung empfiehlt, nach gründlicher Abwägung aus nachfolgenden Gründen den bestehenden Beleuchtungsvertrag zwischen der Stadt Köthen und dem Konsortium Braunschweiger Versorgungs-AG & Co.KG/ Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland nicht zu kündigen, so dass sich dieser automatisch um 4 Jahre verlängert:

- Der vertraglich geregelte Leistungsumfang für Betrieb, Wartung und Instandsetzung, Energielieferung, Dokumentation, Bereitschaftsdienst, Änderung/ Rückbau und Erneuerung (Pauschale) weist keine Leistungslücken auf,
- Es erfolgt eine qualitativ hochwertige Leistungserbringung durch den Dienstleister unter Einsatz erfahrener, qualifizierter Mitarbeiter und entsprechender Technik, die jederzeit den Beleuchtungserfolg sichert zur Zufriedenheit des Eigentümers der Beleuchtungsanlage (Stadt Köthen);

- Es bestehen Rahmenverträge zwischen ortsansässigen Unternehmen und der MIDEWA GmbH, die bspw. Tiefbauarbeiten im Zusammenhang mit Arbeiten an der Beleuchtungsanlage erbringen (positive Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Auftragslage der örtlichen Unternehmen);
- Ein günstigeres Angebot mit gleichem Leistungsumfang bei Neuausschreibung ist nicht gesichert;
- Die Neuausschreibung muss gemäß VgV (Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge) als offenes Verfahren erfolgen. Vorab ist dazu eine technische Planungsleistung für die Erarbeitung der Ausschreibungsunterlagen und des Betriebsführungsmodells unabdingbar. Außerdem muss das Ausschreibungsverfahren juristisch begleitet werden. Für die technisch und juristisch notwendigen externen Leistungen muss die Stadt Mittel i.H.v. ca. 110.000 € im Haushaltsjahr 2017 einstellen. Hinsichtlich der finanziellen Situation der Stadt schlägt sich der Mittelbedarf in benannter Höhe sehr negativ für den Haushalt 2017 nieder.
- Durch geplante Investitionsmaßnahmen in den kommenden Jahren (Breitbandausbau, Kitanisierung über STARK III und V) sind umfangreiche Planungsleistungen und Bauherrenaufgaben zu erfüllen, so dass in 2017 keine zusätzlichen personellen Kapazitäten für die inhaltlich und verfahrenstechnisch anspruchsvolle Ausschreibung zur Betriebsführung der städtischen Beleuchtung durch Mitarbeiter des Fachamtes zur Verfügung stehen.